

Kaniak fordert dringend Reformen für bessere Medikamentenversorgung in Österreich!

FPÖ-Gesundheitssprecher Kaniak fordert Medikationsanalyse als Kassenleistung zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Österreich.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der FPÖ-Gesundheitssprecher NAbg. Mag. Gerhard Kaniak fordert mit Nachdruck die rasche Verankerung einer Medikationsanalyse als Kassenleistung in Österreich. Laut einer aktuellen Studie der Österreichischen Apothekerkammer zusammen mit der MedUni Wien und den Sozialversicherungsträgern könnte eine strukturierte Medikationsanalyse in Apotheken das Risiko von Wechselwirkungen und fehlerhaften Einnahmen um bis zu 70 Prozent reduzieren. Dies ist besonders für ältere oder pflegebedürftige Menschen von großer Bedeutung, die häufig mehrere Medikamente einnehmen müssen. Kaniak lobte die gesundheitlichen Vorteile und betonte, dass Apotheker durch diese Maßnahme entlastet und ihre Rolle im Gesundheitswesen gestärkt würde. Gleichzeitig setzte er sich für eine angemessene Honorierung der Apotheker ein, die solche Beratungsleistungen übernehmen müssen, um die wertvolle Expertise angemessen zu würdigen, wie **OTS** berichtete.

Doch Kaniak kritisierte auch die jüngsten Gesetzesnovellen, die von der Regierung verabschiedet wurden. Er bezeichnete die Änderungen im Medizinproduktegesetz und im Bundesgesetz zur Arzneimittelversorgung als ungenügend und warf der Regierung vor, durch unzureichende Regelungen Unsicherheiten zu schaffen und die Probleme nicht effektiv zu lösen. Kaniak wies

darauf hin, dass viele Medizinprodukte nicht die notwendigen Zertifizierungen erhielten, da die zuständigen Stellen überfordert seien. Diese Probleme resultierten aus einer nicht durchdachten EU-Politik und der Versäumnis der schwarz-grünen Bundesregierung, erforderliche Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen. Er betonte, dass die Lösungen der Regierung eher ad-hoc seien und die Realität oft nicht erfassten. Auch die geplante Bevorratung von Arzneimitteln sei ineffektiv, da die zentralen Lagerstandorte oft nicht in Österreich seien und daher im Krisenfall der Zugang zu diesen Vorräten schwierig sein könnte, wie fpo.e.at angibt.

Die Ausnahmeregelungen des Rotkreuzgesetzes wurden ebenfalls scharf kritisiert. Kaniak verwies auf die wichtige Rolle des Österreichischen Roten Kreuzes im sozialen und gesundheitlichen Bereich und wies darauf hin, dass die von der Regierung geplanten Reformen die Arzneimittelsicherheit für sozial Bedürftige gefährden könnten. Er forderte eine gerechte Behandlung und Unterstützung des Roten Kreuzes, anstatt Ausnahmeregelungen zu schaffen, die die Rechte der Betroffenen gefährden könnten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.fpo.e.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at